

Ratsmitglieder WfM

Alefelder, Stephan	WfM
Fuchs, Timo	WfM
Meier, Hans Lothar	WfM
Schneider, Ulrich	WfM
Schneider, Wilfried	WfM

Es fehlten entschuldigt:Ratsmitglieder CDU

Kremer, Dieter	CDU
----------------	-----

Ratsmitglieder FDP

Körbel, Emmi	FDP
--------------	-----

Ratsmitglieder WfM

Liebig, Rolf	WfM
--------------	-----

von der Verwaltung

Eggert, Hartwig
Himmeröder, Manfred
Hombitzer, Armin

Vor Eintritt in die Tagesordnung bittet der Vorsitzende zum Gedenken an das verstorbene ehemalige Ratsmitglied Karen Sarstedt um Einhaltung einer Schweigeminute.

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung. Er stellt fest, dass der Rat ordnungsgemäß und fristgemäß eingeladen worden und beschlussfähig ist. Hiergegen werden keine Einwendungen erhoben.

Öffentliche Sitzung:

1	Kommunalwahlen 2014, Wahl der Beisitzer und ihrer Stellvertreter für den Wahlausschuss	Drucksache Nr. BV/018/13
----------	---	------------------------------------

Bürgermeister Töpfer verliest die 10 Beisitzer und Vertreter, welche im Haupt – und Finanzausschuss benannt worden sind.

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: einstimmig
Der Wahlausschuss wird mit 10 Beisitzern sowie der entsprechenden Zahl an Stellvertretern besetzt. Folgende Mitglieder werden gewählt:	

Ordentliche Mitglieder:	Stellvertreter:
1. Anke Vetter (SPD)	Harald Kramer (SPD)
2. Birgit Meckel (SPD)	Günter Berges (SPD)
3. Wilfried Fernholz (SPD)	Sven Wottrich (SPD)
4. Stephan Alefelder (WfM)	Ulrich Schneider (WfM)
5. Wilfried Schneider (WfM)	Lothar Meier (WfM)
6. Dieter Kremer (CDU)	Nadine Köster (CDU)
7. Monika Hüttenmeister (CDU)	Michael Hettich (CDU)
8. Jürgen Rittel (FDP)	Emmi Körbel (FDP)
9. Reimund Heringer (FDP)	Stefan Viebahn (FDP)
10. Wolfgang Schellberg (UWG)	Mehmet Türkmén (UWG)

2	Satzung zur 2. Änderung der Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen als Benutzungsgebühr für die an den Grundschulen der Gemeinde Marienheide eingerichteten Offenen Ganztagschulen (Beitragssatzung OGS) vom 08.03.2006	Drucksache Nr. BV/011/13
----------	---	------------------------------------

Bürgermeister Töpfer teilt mit, dass es unter Punkt 12 des Satzungsentwurfs über die Erhebung von Elternbeiträgen richtig lauten muss: „...die Eltern des Schülers/der Schülerin.“

RM Köster regt in § 5 der Satzung im ersten Satz eine „räumliche“ Änderung an. Sie schlägt vor, anstatt „...der Gemeinde Marienheide...“ nunmehr „...im Oberbergischen Kreis...“ einzusetzen und begründet ihren Vorschlag damit, dass man die Kinder im Oberbergischen gleichstellen sollte. Sie sieht Marienheide als Vorreiter für andere Kommunen im Oberbergischen Kreis und hofft, dass diese ihre Satzungen ebenfalls anpassen.

RM Fernholz teilt mit, dass der Schul- und Sportausschuss eine einstimmige Empfehlung für die vorgeschlagene Satzung erteilt habe.

RM Köster beantragt die Abstimmung über ihren Änderungswunsch.

RM Fernholz beantragt daraufhin eine Sitzungsunterbrechung zwecks kurzer Beratung in den Fraktionen.

Die Sitzung wird von 16:15 Uhr bis 16:20 Uhr unterbrochen.

Der Rat stimmt nach der Pause mit 17 Nein-Stimmen, 7 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen gegen den Vorschlag des RM Köster.

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: einstimmig
Die Satzung zur 2. Änderung der Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen als Benutzungsgebühr für die an den Grundschulen der Gemeinde Marienheide eingerichteten Offenen Ganztagschulen (Beitragssatzung OGS) vom 08.03.2006 in Form der Variante 1 wird beschlossen.	

3	Gesamtschule Marienheide; Einrichtung integrativer Lerngruppen ab Schuljahr 2013/14	Drucksache Nr. BV/010/13 /1
----------	--	---

RM Köster regt an, im Beschlussvorschlag zu ergänzen: „...dass hierfür keine zusätzlichen finanziellen Mittel der Gemeinde Marienheide erforderlich werden.“
Bürgermeister Töpfer lässt über den geänderten Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: einstimmig
Der Einrichtung einer integrativen Lerngruppe (zielfferent) in einer der fünf Parallelklassen des Jahrgangs fünf im Schuljahr 2013/14 der Gesamtschule Marienheide wird gem. § 20 Abs. 8 SchulG unter der Bedingung zugestimmt, dass hierfür keine zusätzlichen finanziellen Mittel der Gemeinde Marienheide erforderlich werden.	

4	Aufhebung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Sport- und Mehrzweckhallen der Gemeinde Marienheide (Gebührenordnung Hallen) vom 29.11.2012	Drucksache Nr. BV/008/13
----------	---	------------------------------------

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: 24 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen
Die Satzung zur Aufhebung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Sport- und Mehrzweckhallen der Gemeinde Marienheide (Gebührenordnung Hallen) vom 29.11.2012 (Aufhebungssatzung) wird beschlossen.	

5	Umbesetzung von Ausschüssen	
----------	------------------------------------	--

5.1	Antrag der FDP-Fraktion vom 03.02.2013, Umbesetzung im Bau-, Planungs- und Umweltausschuss	Drucksache Nr. AT/027/13
------------	---	------------------------------------

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: einstimmig
<p>Der Rat stimmt der beantragten Umbesetzung im Bau-, Planungs- und Umweltausschuss wie folgt zu:</p> <p>Ordentliches Mitglied alt: SB Dieter Beckmann</p> <p>Ordentliches Mitglied neu: SB Wilfried Körbel</p>	

5.2	Antrag der SPD-Fraktion vom 26.02.2013, Umbesetzung im Schul- und Sportausschuss	Drucksache Nr. AT/030/13
------------	---	------------------------------------

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: einstimmig
<p>Der Rat stimmt der beantragten Umbesetzung im Schul- und Sportausschuss wie folgt zu:</p> <p>Ordentliches Mitglied alt: SB Kirsten Zander-Wörner</p> <p>Ordentliches Mitglied neu: SB Mareen Wottrich</p>	

6	79. Änderung des Flächennutzungsplanes " Am Gersnacken / Pestalozzistraße", Aufstellungsbeschluss	Drucksache Nr. BV/022/13
----------	--	------------------------------------

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: einstimmig
<p>Es wird beschlossen die 79. Änderung des Flächennutzungsplanes im Parallelverfahren zur 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 62 "Am Gersnacken / Pestalozzistraße" durchzuführen. Ziel ist es die private Grünfläche im rückwärtigen Bereich der Pestalozzistraße, als Wohnbaufläche darzustellen.</p>	

7	12. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 48 "Gewerbegebiet Kalsbach - Kotthäuserhöhe" gem. § 13 BauGB; Aufstellungsbeschluss	Drucksache Nr. BV/163/12
----------	---	------------------------------------

Hr. Hombitzer beantwortet offene Fragen aus dem Bau-, Planungs- und Umweltausschuss.

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: einstimmig
<p>Es wird beschlossen, für den Bebauungsplan Nr. 48 "Gewerbegebiet Kalsbach / Kotthäuserhöhe" ein 12. Änderungsverfahren gem. § 13 durchzuführen, da hierdurch die Grundzüge der Planung nicht berührt werden. Der Geltungsbereich der Fortführung der Bauleitplanung geht aus dem beigefügten Übersichtsplan hervor.</p>	

8	7. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 68 "Konversion Griemeringhausen, Teil A (Gewerbe)" gem. §13 BauGB a) Ergebnis des Beteiligungsverfahrens gem. § 13 Abs. 2 BauGB b) Satzungsbeschluss	Drucksache Nr. BV/172/12
----------	---	------------------------------------

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: einstimmig
<p>a) Die 7. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 68 "Gewerbegebiet Griemeringhausen, Teil A (Gewerbe)" wird gem. § 10 Abs. 1 BauGB in Verbindung mit § 7 GO NW (GV NRW S. 666/SGV. NRW 2023) in den zur Zeit gültigen Fassungen als Satzung beschlossen. Der Bebauungsplanänderung ist eine Begründung beigefügt.</p>	

9	1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 73 "Bergstraße/Hauptstraße" gem. § 13 BauGB; a) Ergebnis der Beteiligung der betroffenen Öffentlichkeit, der berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 13 Abs. 2 BauGB b) Satzungsbeschluss	Drucksache Nr. BV/026/13
----------	--	------------------------------------

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: einstimmig
<p>a) Über die während des Beteiligungsverfahrens gem. § 13 Abs. 2 BauGB eingegan-</p>	

gene Stellungnahme, wird wie in der beigelegten Ausarbeitung dargelegt, beraten und beschlossen.

- b) Die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 73 "Bergstraße / Hauptstraße" " wird gem. § 10 Abs. 1 BauGB vom 23.09.2004 (BGBl.I. S. 2414) in Verbindung mit § 7 GONW (GV NRW S. 666/SGV.NRW 2023) in den zur Zeit gültigen Fassungen als Satzung beschlossen. Der Bebauungsplanänderung ist eine Begründung beigelegt.

10	<p>73. Änderung des Flächennutzungsplanes und Bebauungsplan Nr. 85 "Graf-Albert-Straße/L 306"</p> <p>a) Aufhebung des Satzungs- bzw. Planbeschlusses vom 25.09.2012</p> <p>b) Ergänzung des Abwägungsvorganges</p> <p>c) Neuer Satzungs- bzw. Planbeschluss</p>	<p>Drucksache Nr. BV/006/13</p>
-----------	---	--

Beschluss:	<p>Abstimmungsergebnis: 24 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen</p>
<p>zu a) Der Planbeschluss zur 73. Änderung des Flächennutzungsplanes und der Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 85 „Graf-Albert-Straße/ L 306“ vom 25.09.2012 werden aufgehoben.</p> <p>zu b) Die im Sachverhalt dargestellte Abwägung zum gewünschten Verzicht der Darstellung einer gemischten Baufläche bzw. der Ausweisung eines Mischgebietes für die Errichtung eines Entwicklungszentrums am Nordwestrand des Ortes Müllenbach zugunsten eines Standortes im Gewerbegebiet wird beschlossen.</p> <p>zu c) Für die 73. Änderung des Flächennutzungsplanes wird der Planbeschluss gefasst. Darüber hinaus wird der Bebauungsplan Nr. 85 „Graf-Albert-Straße/ L 306“ gem. § 10 Abs. 1 BauGB vom 23.09.2004 (BGBl I. S.2414) i. V. mit § 7 GO NW (GV NRW S. 666/SGV. NRW 2023) - in den zurzeit gültigen Fassungen - als Satzung beschlossen. Der Flächennutzungsplanänderung und dem Bebauungsplan sind gem. § 5 Abs. 5 BauGB bzw. § 9 Abs. 8 BauGB eine Begründung mit den Angaben nach § 2a BauGB beigelegt.</p>	

11	Aufhebung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 3 " Gewerbestandort Gogarten", a) Ergebnis der Beteiligung der betroffenen Öffentlichkeit, der berührten Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gem. § 13 Abs. 2 BauGB b) Satzungsbeschluss	Drucksache Nr. BV/020/13
-----------	--	------------------------------------

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: einstimmig
-------------------	------------------------------------

Die Aufhebung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 3 "Gewerbestandort Gogarten" wird gem. § 10 Abs. 1 BauGB vom 23.09.2004 (BGBl.I. S. 2414) in Verbindung mit § 7 GONW (GV NRW S. 666/SGV.NRW 2023) in den zur Zeit gültigen Fassungen als Satzung beschlossen. Eine Begründung ist beigefügt.

12	4. Satzung über die Einbeziehung von Außenbereichsflächen zur Festlegung des im Zusammenhang bebauten Ortes Erlinghagen gem. § 34 Abs. 4 Nr. 3 BauGB; a) Ergebnis der Beteiligungsverfahrens gem. § 34 Abs. 6 i.V. mit § 13 Abs. 2 Nr.2 u. 3 BauGB b) Satzungsbeschluss	Drucksache Nr. BV/004/13
-----------	--	------------------------------------

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: einstimmig
-------------------	------------------------------------

- a) Über die vorgetragenen Anregungen wird wie in der beigefügten Liste dargelegt beschlossen.
- b) Die 4. Satzung über die Einbeziehung von Außenbereichsflächen zur Festlegung des im Zusammenhang bebauten Ortsteils Erlinghagen gem. § 34 Abs. 4 Nr. 3 des BauGB wird in Verbindung mit § 7 GONW in den zur Zeit geltenden Fassungen als Satzung beschlossen.

13	Ausgeführte Ratsbeschlüsse seit den letzten Ratssitzungen vom 27.11. und 06.12.2012 sowie 10.01.2013	Drucksache Nr. IV/023/13
-----------	---	------------------------------------

Der Rat der Gemeinde nimmt den Bericht zur Kenntnis.

14	Mitteilungen und Verschiedenes	
-----------	---------------------------------------	--

Aktuelle Haushaltssituation

Ein Bericht zur aktuellen Haushaltssituation liegt allen Ratsmitgliedern als Tischvorlage vor. Kämmerer Himmeröder beantwortet eine Frage des RM Fernholz.

Dichtheitsprüfung

Bürgermeister Töpfer informiert den Rat über den derzeitigen Sachstand. Mit Mehrheit hat der nordrhein-westfälische Landtag am 27.02.2013 die Änderung des Landeswassergesetzes NRW bezogen auf die Dichtheitsprüfung bei privaten Abwasserleitungen beschlossen.

Mit dem Inkrafttreten des geänderten Landeswassergesetzes, womit in einigen Wochen zu rechnen ist, wird der bisherige § 61a LWG NRW ersatzlos gestrichen. Gleichzeitig wird die oberste Wasserbehörde (MKULNV NRW) ermächtigt, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Landtags eine Rechtsverordnung zu erlassen. In dieser Rechtsverordnung werden die Einzelheiten zur Dichtheitsprüfung bzw. Funktionsprüfung bei privaten Abwasserleitungen zukünftig neu geregelt. Derzeit befindet sich die Rechtsverordnung in der Abstimmung.

Städte und Gemeinden sollen weiterhin in ihrer örtlichen Kompetenz durch Satzungen die Fristen für die erstmalige Prüfung sowie weitere Einzelheiten festlegen.

Der Rat diskutiert kurz über die Fristen und die Auszahlung der bereits beantragten Fördergelder.

Sobald die neue Rechtsverordnung vorliegt, wird der Rat über die Angelegenheit erneut beraten.

Klage gegen RWE

Bürgermeister Töpfer teilt mit, dass am 28.03.2013 die Verhandlung beim Landgericht Dortmund stattfindet. Die Teilnahme ist für interessierte Ratsmitglieder möglich.

Neukonstituierung der Verbandsversammlung des Wupperverbandes

Bürgermeister Töpfer informiert den Rat darüber, dass die Gemeinde Marienheide erneut geeignete Wahlvorschläge für einen Stimmgruppendelegierten und dessen Stellvertreter unterbreiten muss. Vom Terminplan ist es erforderlich, dass diese Benennung etwa bis Mitte des Monats Mai erfolgt. Die Ratssitzung am 07.05.2013 bietet daher die geeignete Gelegenheit zur Benennung der betreffenden Personen. Bisher war das RM Kremer Stimmgruppendelegierter und RM Borner sein Stellvertreter.

RM Borner gibt zu beachten, dass der Vertreter kein Stimmrecht habe und hinterfragt, ob daher ein Vertreter Sinn macht.

Ausfall des Sozial- und Kulturausschusses

RM Rittel fragt nach den Gründen für den nicht zustande gekommenen Sozial- und Kulturausschuss.

RM Köster erläutert als Vorsitzende des Ausschusses die Gründe für den Sitzungsausfall.

RM Alfelder bittet darum, zukünftig die Sitzungen gemäß festgelegtem Sitzungsplan abzuhalten und derartige Ausfälle zu vermeiden.

Bürgermeister Töpfer bittet RM Köster um Festlegung eines Alternativtermins.

Um 17 Uhr unterbricht der Vorsitzende die Sitzung und eröffnet die Einwohnerfragestunde.

Fr. Birgit Hillrichs, Hermannsbergstr. 31 aus Marienheide spricht die derzeitige Besetzung der Schulsekretariate in den Grundschulen Marienheide und Müllenbach an und fragt nach, ob die wöchentliche Besetzung auf Dauer so geplant sei.

Bürgermeister Töpfer bejaht diese Frage.

Da keine weiteren Einwohnerfragen erfolgen, schließt der Vorsitzende die Einwohnerfragestunde und die öffentliche Sitzung.

Vorsitzender:

Schriftführerin:

gez.
Uwe Töpfer
Bürgermeister

gez.
Susanne Schorde